

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die Saespaat. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 116

Stolp, Donnerstag, den 20. Mai 1926

50. Jahrgang

Der alte Kurs bleibt.

Die Regierungserklärung.

Keine Kursänderung.

Berlin, 19. Mai 1926.

Um schon heute in die Ferien gehen zu können, hielt der Reichstag zwei Sitzungen ab, von denen die erste nur sehr kurz war. In zweiter und dritter Lesung wurde der Nachtragsetat erledigt, der u. a. die Forderung von anderthalb Millionen als Anteil des Reiches an den Kosten der Durchführung des Eintragungsverfahrens bei dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen enthält.

In der zweiten Sitzung erhält sofort Reichskanzler Dr. Marx

das Wort zur Regierungserklärung. Er widmete darin zunächst dem aus dem Kabinett ausgeschiedenen Reichskanzler Dr. Luther einen Nachruf und erklärte dann, daß bei der Zusammensetzung des neuen Kabinetts eine eingehende und umfassende Regierungserklärung nicht erforderlich erscheint. Das Kabinett wird

die bewährte Außenpolitik des Reiches weiterführen. Diese Politik, die mit der Regelung der Reparationsfragen in London begann, sollte ihren Abschluß in den Verträgen von Locarno finden. Wir hoffen, daß die Verhandlungen der Studienkommission in Genf dazu führen werden, die Locarno-Verträge bald endgültig in Kraft zu setzen und Deutschland die Möglichkeit zu geben, als ständiges Mitglied des Völkerbundsrats an dessen großen Aufgaben mitzuarbeiten.

Der zwischen Deutschland und der Sowjetregierung geschlossene Vertrag fügt sich durchaus in diese Politik ein. Obwohl keine verfassungsmäßige Verpflichtung hierfür besteht, wird der Vertrag angesichts seiner Bedeutung demnächst dem Reichstag vorgelegt werden.

Schwere wirtschaftliche Not, die sich insbesondere in der langdauernden und außergewöhnlichen umfangreichen Arbeitslosigkeit

äußert, lagert nach wie vor auf weiten Kreisen des deutschen Volkes. Hier Abhilfe zu schaffen, wird auch von der gegenwärtigen Regierung als vornehmste Pflicht betrachtet.

Zwei Fragen erfordern nach meiner Meinung eine besondere Erwähnung. Ich weise zunächst auf den von der Mehrheit des Reichstags gefassten Beschluß hin, der das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten zur

Flaggenfrage begrüßt und im Einklang mit diesem Schreiben den Wunsch nach Herbeiführung einer Einigung zu lebendigem Ausdruck bringt. Die Reichsregierung wird mit ganzer Kraft daran gehen, die Wege, die das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten andeutet, einzuschlagen und das durch jenes Schreiben gesteckte Ziel zu erreichen: Selbstredend wird hierdurch Bestand und Durchführung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. Mai d. J., deren Rechtsgültigkeit nicht bezweifelt werden kann, in keiner Weise berührt.

Ferner möchte ich die Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormals regierenden Fürstentümern nicht unerwähnt lassen. Der Termin zum Volksentscheid ist auf den 20. Juni anberaumt worden. Die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dem dem Volksentscheid unterbreiteten Gesetzentwurf über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten erleidet durch die Umbildung des Kabinetts keine Änderung. Die Reichsregierung wird deshalb auch den Gesetzentwurf, den die frühere Regierung gemäß einem Kompromißantrag der Regierungsparteien dem Reichstag unterbreitet und den dieser in der vorigen Woche mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen hat, dem Reichstag zur weiteren Beratung zuleiten.

Die Reichsregierung bittet den Reichstag um seine Unterstützung in ihrem Bestreben, an der Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung und das Wohlergehen des deutschen Volkes in all seinen Teilen zu fördern und die Einheit des Reiches unter gleichzeitiger Achtung der Rechte der Länder zu schützen.

Die Regierungserklärung wurde in ihrem ersten Teil von den Abgeordneten ohne besondere Kundgebungen aufgenommen. Die Kommunisten machten nur wenige Zwischenrufe. Mit lauten Hör-Hör-Rufen der Kommunisten wurde die Erklärung aufgenommen, daß die Flaggenverordnung unverändert bestehen bleibt. Am Schluß der Erklärung kamen Beifallsrufe aus den Reihen der Regierungsparteien.

Die Besprechung der Regierungserklärung. Abg. Müller-Kranken (Soz.) stellt fest, daß sich Dr. Luther über das im Parlamentarismus Selbstverständliche hinweggesetzt habe. Es wurden entscheidende Maßnahmen getroffen ohne jede Fühlungnahme mit den Parteien. Der Sturz Luthers muß eine Warnung und Lehre für die kommenden Regierungen sein. Mit der Erklärung des Kanzlers zur Außen-

politik könne sich die sozialdemokratische Fraktion einverstanden erklären. Die Ausführungen zur Flaggenfrage genügen nicht. Man werde daher einen Gesetzentwurf einbringen, der die Beschlagung der staatlichen Gebäude und der diplomatischen Vertretungen regelt. In der Bevölkerung herrsche über die Flaggenverordnung große Erregung. (Widerspruch rechts.) In der Frage der Fürstenteignung stehe der Volksentscheid bevor und es hat wenig Zweck, die Vorlage der Luther-Regierung jetzt zu erörtern. Der Redner stimmt auch den Ausführungen des Kanzlers über die Erwerbslosenfürsorge und die Weiterarbeit auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu. (Abg. Graf Reventlow (Dölk.) erhält wegen einiger Jurufe einen Ordnungsruf.) Die Mitteilungen über Beziehungen der Reichswehr zu Rechtsverbänden müßten außerordentlich ernst genommen werden. (Unruhe rechts.) Evtl. Mißtrauensanträge werde die sozialdemokratische Fraktion ablehnen. Sie sei bereit, die Regierung solange zu unterstützen, als sie die angeforderte Politik beibehalte. Im übrigen habe seine Partei eine Auflösung des Reichstages nicht zu fürchten.

Külz gegen die Tendenzlägen der Linken. Reichsminister des Innern Dr. Külz gab hierauf folgende Erklärung ab:

Nach den Presseberichten über die Verhandlungen im Preussischen Landtag soll zwischen dem Nationalverband deutscher Offiziere und den Sportverbänden eine „Führerbesprechung“ stattgefunden haben. In einem Teil der Presse ist das so dargestellt worden, als ob zwischen Reichswehr und dem Nationalverband sowie den Sportverbänden eine Führerbesprechung stattgefunden habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß zwischen dem Nationalverband deutscher Offiziere und der Reichswehr Verbindungen nicht bestehen Verbindung mit politischen Verbänden ist streng verboten. Wo dagegen verstoßen wird, wird eingeschritten. Weiter soll ein Major von Jedlitz-Wartenburg auf Privatdienstvertrag bei der Reichswehr angestellt sein und für Berlin Mittelsmann zwischen Verbänden und Reichswehr sein. Einen Major von Jedlitz-Wartenburg gibt es bei der Reichswehr nicht.

Schließlich ist noch der Aufmarsch des Sportvereins Olympia am 1. Mai in die Erörterung gezogen worden, bei dem der Presse nahe gelegt worden sei, die Anwesenheit der Reichswehroffiziere nicht zu erwähnen. Von der Reichswehr ist eine derartige Aufforderung an die Presse nicht ergangen, wohl aber ist ausdrücklich nochmals ein Verbot der Teilnahme ergangen. Eine Teilnahme von Reichswehroffizieren ist nicht erfolgt.

Abg. Graf Westarp (Deutschn.) schließt sich den Worten persönlicher Anerkennung für die aufopfernde Tätigkeit Dr. Luthers an. Die kleine demokratische Partei habe ihn mit Hilfe der Sozialdemokraten zu Fall gebracht. Der Redner anerkennt die Kürze der Regierungskrise und dankt dem Reichspräsidenten für sein Eingreifen. Das Ergebnis sei freilich nur ein Provisorium. Das kommt in der Inhalts- und Programmlosigkeit der Regierungserklärung zum Ausdruck. Es muß endlich eine Regierung geschaffen werden, die sich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt. (Zustimmung rechts.) Das wesentliche Merkmal der achtjährigen Krise besteht darin, daß das Zentrum einmütig dem Kabinett Marx alle Brücken nach rechts abgebrochen hat. Die Regierungserklärung enthalte kein Wort von der bolschewistischen Gefahr und dem Polizeistand in Preußen und dem aufreißenden Potemkin-Film. Mit der Sozialdemokratie kann das Land gegen diese Gefahren nicht geschützt werden. Kein Wort enthält die Regierungserklärung auch von den kulturellen Aufgaben. In der Außenpolitik fehlt ebenfalls jeder klare und positive Inhalt. Mit einem Bekenntnis zur bisherigen Politik sind die täglich entstehenden Aufgaben nicht zu lösen. Auch für das besetzte Gebiet hätte man gerade aus dem Munde des Reichskanzlers, der gleichzeitig das Ministerium für die besetzten Gebiete verwaltet, ein entschlossenes Wort hören wollen. Die Besatzungslast ist größer und drückender, die Aussicht, Abhilfe zu schaffen, hoffnungsloser geworden. Für die ernststen Gefahren, die sich aus den polnischen Ereignissen für Danzig und Ostpreußen ergeben, muß die Regierung ein wachsameres Auge haben. Die Worte, die der Not der Wirtschaft gewidmet sind, werden Worte bleiben, wenn man sie mit der Sozialdemokratie durchführen will. Eine selbstverständliche Pflicht des Kabinetts war es, sich zur Rechtsgültigkeit und unverzüglichen Durchführung der Flaggenverordnung zu bekennen. Es ist nicht einzusehen, warum nicht in Argentinien bei dem Ende Mai stattfindenden Tag allgemeinen Flaggenentschuldung nach der neuen Verordnung verfahren werden soll, weil die Schneckenpost Nachrichten und Plagiaten vielleicht noch nicht bis dahin gebracht hat. In jeder Verzögerung der praktischen Durchführung der Flaggenverordnung sehen wir ein Zurückweichen, das mit der Autorität der obersten Gewalt unver-

einbar ist und uns zu einem Aufgeben jeder abwartenden Stellungnahme veranlassen müßte. Die Parole gegen die Fürstenteignung muß die Regierung in dem bevorstehenden Agitationskampf ohne Rücksicht auf die Sozialdemokratie aufrechterhalten.

Der Redner erklärt zum Schluß, daß seine Fraktion der Regierung keinerlei Vertrauen entgegenbringen könne. Sie habe auch keinen Anlaß, dem Übergangszustand, den das Kabinett darstelle, ein Ende zu bereiten (Beifall rechts).

Abg. von Guérard (Zentr.)

gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab. Es läge jetzt kein Grund zur Erörterung der politischen Lage vor. (1) An der Krise sei das Zentrum nicht schuld gewesen. Im vaterländischen Interesse habe es große Opfer gebracht. (Wo sind diese?) Die Zentrumsfraktion gibt dem Vertrauen Ausdruck, daß das Kabinett Marx seinen schweren Aufgaben in der inneren und äußeren Politik gewachsen sein wird. Die Zentrumsfraktion ist bereit, das Reichskabinett tatkräftig zu unterstützen.

Abg. Dr. Scholz (D. Wp.)

nimmt mit Zustimmung davon Kenntnis, daß die Flaggenverordnung bestehen bleibt und zur Durchführung gelangt. Die Deutsche Volkspartei werde auch an der Schaffung einer Einheitsflagge mitarbeiten. Der neuen Regierung werde sie ihr Vertrauen votieren.

Abg. Schneller (Rom.) wirft der Regierung Latenzlosigkeit vor und fordert Auflösung des Reichstages. Abg. Haas (Dem.) sieht in der Erklärung des Reichskanzlers eine geeignete Grundlage zur Durchführung der Geschäfte. Die demokratische Fraktion spreche deshalb der Regierung das Vertrauen aus.

Abg. Leicht (Bayer. Wpt.) erkennt die Verdienste des letzten Kanzlers an und spricht dem Kabinett Marx das Vertrauen der Bayerischen Volkspartei aus.

Abg. Graefe (Dölk.) legt ein Mißtrauensvotum vor. Dann schließt die Aussprache. In einfacher Abstimmung wird der Antrag der Regierungsparteien mit großer Mehrheit angenommen, wonach der Reichstag die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis nimmt und über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung übergeht. Für diesen Antrag stimmten mit den Regierungsparteien die Wirtschaftliche Vereinigung und die Sozialdemokraten, dagegen die Dölkischen und die Kommunisten. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme.

Das Haus vertagte sich und geht in die Pfingstferien. Nächste Sitzung Montag, den 7. Juni.

Das nennen sie verfassungsmäßig.

Berlin, 19. Juni. Die Verfassung schreibt befanntlich ausdrücklich vor, daß jede Regierung des Vertrauens des Parlaments bedarf. Das Minderheitskabinett Marx hat heute gezeigt, daß es in dieser Beziehung an „Bescheidenheit“ und „Anspruchslosigkeit“ seine Vorgänger noch übertrifft. Die Annahme eines Antrages der Regierungsparteien, wonach der Reichstag von der Regierungserklärung lediglich Kenntnis nimmt (also sie nicht einmal „billigt“) und über das völlige Mißtrauensvotum zur Tagesordnung übergeht, erscheint Herrn Marx und seinen Ministern völlig ausreichend, das fehlende, aber in der Verfassung vorgeschriebene Vertrauen des Parlaments zu ersetzen! So wird das parlamentarische System von seinen begeisterten Anhängern, wenn es ihnen gerade paßt, vergewaltigt! Auch ein hübscher Beitrag zur Zeitgeschichte.

Die Regierungserklärung des Herrn Marx, die der Abstimmung vorausging, war wohl die inhaltloseste Programmrede, die je ein deutscher Kanzler gehalten hat. Graf Westarp hat sie treffend dahin charakterisiert, daß das Wichtigste an der ganzen Rede war, was in ihr verschwiegen wurde. So vor allem das Fiasko der Locarno- und Genf-Politik hinsichtlich der versprochenen Rückwirkungen auf das besetzte Gebiet. Nur an zwei Stellen hat sich der Kanzler positiv geäußert, zum erstenmal, als er von dem „Bestand und der Durchführung“ der Flaggenverordnung sprach und zum zweitenmal, als er erklärte, daß „die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung gegen das Fürstenteignungsgesetz durch die Umbildung keine Änderung erleide“. Damit hat Herr Marx in einer einigermaßen befriedigenden Weise die zwei Fragen vorweg beantwortet, die die Deutschnationalen Volkspartei an ihn richten und von deren Beantwortung sie es abhängig machen wollte, ob sie dem neuen Kabinett in schärfster oder mehr abwartender Opposition (eine andere Haltung als die oppositionelle kam niemals in Frage), gegenübersehen würde. Die deutschnationalen Fraktion hat sich aber nicht nur wegen der Antwort des Herrn Marx zu einer abwartenden Opposition — die in ihrer Stimmenthaltung zum Ausdruck kam — entschlossen, sondern vor allem deshalb, weil es ihr, wie Graf Westarp ausführte, darauf ankommt, den Mittelparteien bei der bevorstehenden Behandlung wirtschaftlicher und kultureller Fragen im Reichstag ad oculos zu demonstrieren, daß „nur ohne oder gegen die Sozialdemokratie, nicht aber gegen

oder ohne die Deutschenationalen" ersprießliche Politik gemacht werden könne. Will man dem Kabinett Marx diese Erfahrung nicht ersparen, so muß man die Herren schon einige Wochen regieren lassen.

Daß das Kabinett sich keines langen Lebens erfreuen wird, dafür werden schon seine eigenen Regierungsparteien sorgen. Dezeichnet genug für die "Einigkeit" im Regierungslager ist es, daß die Absicht des Herrn Marx, die Regierungsparteien zu einer gemeinsamen Erklärung zu veranlassen, nicht gelang! Im Gegenteil, die vier Regierungsparteien stehen in der heutigen Reichstagsitzung jede eine besondere Erklärung abgeben, Erklärungen, die sich untereinander durch mehr oder weniger scharf zutage tretende Nuancen unterscheiden und teilweise sogar sich mit ihrer Spitze gegeneinander richten.

Verordnung über den Volksentscheid.

Wie sieht der Stimmzettel aus?

Die vom Reichsminister des Innern erlassene Verordnung zur Durchführung des Volksentscheids enthält vier Paragraphen. Im Par. 1 wird der vom Reichstag am 6. Mai abgeleitete Gesetzesentwurf über Enteignung der Fürstentümer zum Volksentscheid gestellt. Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstentümervermögen Gesetz werden soll.

Paragraph 2 bestimmt als Abstimmungstag Sonntag, den 20. Juni. Par. 3 macht nähere Angaben über den Stimmzettel: Der Stimmzettel erhält folgenden Ausdruck: (Es folgt die Abbildung des Stimmzettels, an dessen Kopf die Frage steht: Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstentümervermögen Gesetz werden? Links ein Feld für Ja, rechts für Nein. In beiden Feldern sind Kreise eingezeichnet, die entsprechend anzukreuzen sind.)

Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberichtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja“, der Stimmberichtigte, der sie verneinen will, das mit „Nein“ bezeichnete Viereck durchkreuzt.

Paragraph 4 setzt fest, daß die Stimmlisten vom 6. bis 13. Juni auszulegen sind. Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen.

Fortsetzung der Putschdebatte.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 18. Mai.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen setzt der Landtag heute bei der Beratung des Notetats die Putschdebatte fort.

Abg. v. Gynern (D. Vp.) stellt mit Bedauern fest, daß kein Regierungsvertreter anwesend ist. Der peinliche Eindruck, den die Polizeiaktion hervorgerufen hat, ist durch die Rede des Ministerpräsidenten nur noch verstärkt worden. (Lebh. Zust. rechts.) Die Polizei soll eine Waffe in den Händen des Staates sein, nicht aber ein Instrument einer Partei. Der Ministerpräsident und der Abg. Heilmann haben zugegeben, daß ein Putsch nicht beabsichtigt war. Es sollte lediglich über den Artikel 48 eine Diktatur angestrebt werden. Der Ministerpräsident hat selbst zugegeben, daß sich die Polizei mit ihren Vorkaufsmaßnahmen blamiert hat. Der Ministerpräsident ist den Herren von der Industrie Gemühtung schuldig (Lärm links). Die unruhigen Elemente, von denen das Zentrum in seiner merkwürdigen Erklärung sagt, daß sie die Wiederaufrichtung der Wirtschaft stören, sitzen in der Polizei.

Abg. Weisemann (Deutschn.) erklärt, durch die vorgenommenen Hausdurchsuchungen seien die Bestimmungen des Strafgesetzbuches verletzt, da die Grundlagen für diese Maßnahmen nicht vorhanden waren. Wenn nicht alles täusche, ständen wir am Vorabend einer neuen revolutionären Welle. Gegen die heutige Regierung in Preußen bestche in allen Kreisen berechtigtes Mißtrauen. Die nationalen Kreise verdachten sich dagegen, daß die Hochverräter von 1918 verdiente Männer als Hochverräter bezeichnen.

Abg. Piefel (Komm.) erklärt, die Vertreter der Regierungsparteien hätten sich in dieser Debatte nicht als Ausbund von Klugheit gezeigt.

Die Aussprache wird dann unterbrochen, und es folgen Abstimmungen zum Kultushaushalt.

Nach Erledigung der Abstimmungen zum Kultus- und Forstetat setzt Abg. Piefel seine Rede fort.

Abg. Dr. Körner (Völk.) bezeichnet das Vorgehen der Polizei als Verfassungsbruch. Der gegenwärtige Staat sei kein Rechtsstaat. Damit schließt die Besprechung. In der Abstimmung wird der Notetat in zweiter Lesung gegen die Deutschenationalen und Kommunisten angenommen. Gegen den Nothaushalt des Preussischen Staatsministeriums stimmt auch die Deutsche Volkspartei. In der dritten Lesung und in der Schlusßabstimmung wird der Notetat jedoch gegen die Stimmen der Deutschenationalen und Kommunisten angenommen.

Der Antrag der Regierungsparteien, der Einflußnahme Preußens auf das Reich für ein Ausführungsgesetz zum Art. 48 der Reichsverfassung, wird angenommen. Der Antrag der Deutschen Volkspartei, der Genugtuung für die Persönlichkeiten fordert, bei denen unbegründete Hausdurchsuchungen vorgenommen worden sind, und der weiter die Bestrafung der verantwortlichen Beamten fordert, wird in namentlicher Abstimmung mit 144 Stimmen gegen 216 Stimmen abgelehnt. Ablehnung findet auch der Antrag, einen ähnlichen deutsch-nationalen Antrag dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 11 Uhr: Hauszinssteuer.

Der Kampf um die Hauszinssteuer.

Berlin, 19. Mai.

Die heutige Landtagsverhandlung wird wieder durch ein kommunistisches Vorgehen eingeleitet. Eine vom Abg. Piefel (Komm.) begründete Forderung auf sofortige Behandlung seines Antrags, der sich gegen die Pressmeldungen über zu erwartende kommunistische Unruhen wendet, scheidet an dem Widerspruch der gesamten Rechten bis zu den Demokraten.

Gegen den vom Abg. Bartels (Komm.) zur sofortigen Beratung gestellten Antrag auf fristlose Entlassung der Beamten des Preussischen Innenministeriums, die nach der „Deutschen Zeitung“ dem Major a. D. Sobenschein und dem völkischen Rechtsanwalt Bloch Einblick in das beschlagene Material gegeben haben sollen, erheben unter großem Gelächter der Rechten nur die Sozialdemokraten Widerspruch, so daß deswegen auch dieser Antrag nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung abgelehnt wird.

Das Haus erledigt dann eine ganze Reihe kleiner Vorlagen und verweist einige Gesetzesentwürfe an die zuständigen Ausschüsse. — Es folgte die erste Beratung der neuen Hauszinssteuer, bei der es sich um eine Verlängerung der sogenannten Zwischenslösung handelt.

Abg. Jakobshagen (Deutschn.) lehnt die Vorlage ab. Vor allem dürften die Aufkommen der Steuern lediglich für den Wohnungsbau, nicht für allgemeine Staatszwecke verwendet werden. Der preussische Gesetzesentwurf gehe auch weit über das hinaus, was das Reich vorschreibe.

Finanzminister Dr. Hüpler-Ashoff

macht auf die Notwendigkeit des Gesetzes aufmerksam. Die Rechtsparteien und die Kommunisten, die die Vorlage ablehnen, könnten eine tragfähige Regierung nicht bilden. Die Steuer sei für Neubauten (!) nicht zu entbehren. Die jetzige Regelung sei unbefristet. Der Minister schloß, daß bei Ablehnung des Entwurfs die bisherige Regelung ohne weiteres gelte.

Abg. Ladendorff (W. Vag.) begründet die Ablehnung der Hauszinssteuer durch seine Partei. Er fordert, daß die Steuer nur dem Wohnungsbau zugute komme. Ein bestimmter Betrag aus der Steuer müsse für die Erhaltung des Altbestandes zur Verfügung gestellt werden.

Die Vorlage wird an den Hauptausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, den 1. Juni.

Die Abrüstungskomödie.

Genf, 18. Mai. Im Klusaal des Völkerbundshauses eröffnete der Generalsekretär, Sir Eric Drummond, heute vormittag 11 Uhr die Sitzung der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz. Der Führer der deutschen Delegation im Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz, Graf Bernstorff, hat in der heute nachmittags eröffneten Generaldebatte eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt:

In der Präambel des Teiles 5 des Vertrages von Versailles geht dem die Abrüstung betreffenden Kapitel eine Erklärung voraus, daß diese Maßnahme zur Ermöglichung einer allgemeinen Abrüstung getroffen wird, und bekanntlich haben am 16. Juni 1919 die Vertreter Deutschlands und der alliierten Mächte einen Schriftwechsel geführt, aus welchem in durchaus klarer Weise hervorgeht, daß die Abrüstung Deutschlands das Vorzeichen zu einer allgemeinen Abrüstung durch den Völkerbund sein sollte, die übrigens ausdrücklich durch das Protokoll von Locarno vorgesehen ist. Auf Grund der erwähnten Vereinbarungen hat das deutsche Volk vollkommen abgerüstet. Das Ziel wird nach unserer Ansicht um so leichter zu erreichen sein, je mehr wir die Zahl der zu behandelnden Fragen begrenzen.

Wie die Initiative der deutschen Regierung, die zu dem Abkommen von Locarno geführt hat, zeigt, ist unsere Außenpolitik, wie ich erneut feststellen müßte, vollständig von dem Vertrage und dem Geiste von Locarno getragen. In dem gleichen Geiste müssen wir an die Abrüstungsfrage herangehen. Ohne Abrüstung wird der Völkerbund niemals erfolgreich arbeiten können. Solange es auf der einen Seite übermäßig gerüstete Völker gibt und wieder andere, deren Rüstungen nicht einmal für ihre eigene Sicherheit ausreichen, wird die Durchführung der Völkerbundssatzungen erheblichen Schwierigkeiten begegnen. Deutschland, das seine Verpflichtungen zur Abrüstung so vollständig erfüllt hat, darf mit gutem Recht erwarten, daß die anderen Nationen ihm auf diesem Weg folgen werden (?), woraus sich für Europa, für die ganze Welt, ein Zustand dauernder Befriedung und gegenseitigen Vertrauens ergeben wird.

Lord Robert Cecil erklärte, die Abrüstungsfrage müsse von den zwei Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Zusammenhänge und der nationalen Sicherheit betrachtet werden. Wie alle anderen Länder, müsse auch England Ersparnisse in den Ausgaben erzielen. Was die Frage der Sicherheit betrifft, so bestehe die einzige Lösung in der Herstellung einer allgemeinen Sicherheit, dank der man zur allgemeinen Abrüstung gelangen könne. Das englische Volk werde daran mitarbeiten, um im Rahmen des Möglichen die Abrüstung, die eine Grundbedingung für den Frieden ist, zu einem guten Ziele zu führen. — Wenn man Sicherheit wolle, so darf man nicht vergessen, daß die Abrüstung ebenfalls ein Faktor der Sicherheit ist. Der Abrüstungsgedanke sei keine leere Illusion, sondern sehr wohl praktisch durchführbar. (?) Nach den Darlegungen von Lord Robert Cecil und der bereits gemeldeten Erklärung des ersten deutschen Delegierten, Grafen Bernstorff, sprach Gibson, der Vertreter der Vereinigten Staaten, als letzter Redner in der Generaldebatte. Er bemerkte, daß die Vereinigten Staaten im allgemeinen Wettrüsten der Länder einen wichtigen Faktor sehen, der den Ausbruch von Kriegen begünstige und daß sie bei ihren Abrüstungsforderungen die wirtschaftlichen Lasten, die mit dem Wettrüsten zusammenhängen, berücksichtigen.

Deutsches Reich.

Keine Sonderzüge für Kommunisten. Wie wir gestern berichteten, sollen nach Meldungen eines Berliner Abendblattes von Stettin angeblich 60 Sonderzüge mit Kommunisten zur Tegung des Roten Frontkämpferbundes nach Berlin abgefahren werden. Selbstredend ist dieses Gerücht völlig aus der Luft gegriffen. Wenn alle Kommunisten Pommerens zusammenkämen, würden vermutlich nicht einmal 6 Züge nötig sein, um sie unterzubringen. Wie die Reichsbahndirektion noch mitteilt, wird nicht ein einziger Sonderzug für diesen Zweck abgefahren, sondern lediglich wegen des gesteigerten Pfingstverkehrs ein Vorzug zum Personenzug 598 gefahren, der natürlich auch von den Reisenden benutzt werden kann, die sich etwa an der Veranstaltung des Roten Frontkämpferbundes beteiligen wollen.

Die Fürsorge für die Kleinentner. Wie dem Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt über die Handhabung der Kleinentnerfürsorge zu entnehmen ist, erachtet der Minister die Bezirksverbände, die Kleinentner besonders schonend zu behandeln. Das Ergebnis der Mundfrage über die Höhe des Fürsorgefaktes lasse erkennen, daß die angestrebte Besserstellung der Sozialrentner gegenüber den anderen Hilfsbedürftigen im allgemeinen erreicht sei, daß aber die Unterstützungsbeträge selbst bei manchen Fürsorgeverbänden noch zu niedrig seien. Das gelte insbesondere für die Unterstützung der Kleinentner in den sächsischen Bezirken. Die Zuweisung von Arbeit als Mittel der Fürsorge soll besonders bei alten und weniger erwerbsfähigen Kleinentnern nur dann in Frage kommen, wenn ihnen die Arbeit unter Berücksichtigung ihrer früheren Lebensverhältnisse zugemutet werden könne und ihre Kräfte nicht übersteige. Eine Sicherheit hierfür von den

Kleinentnern könne lediglich in Ausnahmefällen verlangt werden.

Vermischtes.

Köln—Magdeburg in 1½ Stunden. Das Flugzeug der Deutschen Luftbanfa D 580 — Flugzeugführer Noak — stellte vor einigen Tagen einen bemerkenswerten Rekord auf. Die vollbesetzte Maschine legte die Strecke Köln—Magdeburg in 1½ Stunden zurück. Der D-Zug benötigt für eine Bewältigung dieser Entfernung etwa 9 Stunden.

Die Derenburgener Lehrlinge vor Gericht. Das Jugendgericht in Halberstadt verhandelte gegen die fünf Lehrlinge des Schmiedemeisters Oteroth in Derenburg bei Halberstadt, die ihren Meister ermordet hatten, weil er sie angeblich streng behandelte. Der Lehrling Matzerot, der den tödlichen Schuß auf Oteroth abgegeben hatte, wurde zu 5½ Jahren, der Lehrling Otto zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die anderen drei angeklagten Jungen wurden freigesprochen.

Gefährliches Spiel. In Benndorf bei Merseburg war kürzlich eine größere Anzahl Kinder unter der Hochspannungsleitung verarmelt. Ein vierzehnjähriger Junge hatte einen Draht in diese geworfen, um seinen Spielgenossen ein Feuerwerk zu zeigen. Größeres Unglück, das ohne Zweifel den Tod mehrerer Kinder im Gefolge gehabt hätte, wurde lediglich dadurch verhindert, daß beim Einwurf des Drahtes die automatische Schalter in dem Umspannwerk der Landkraftwerke den Strom sofort auslösten.

Seinen Regimentskommandeur wegen einer Rüge erschossen. In Lemberg erschoss ein Wachtmeister wegen einer ihm zuteil gewordenen Rüge seinen Regimentskommandeur und einen anderen Wachtmeister und versuchte dann, sich selbst zu töten. Die Verletzungen, die er sich beibrachte, waren indess nur leichter Natur; er wurde verhaftet.

Eine entsetzliche Brandkatastrophe hat das rumänische Städtchen Bacau heimgesucht. Fast die ganze Stadt fiel den Flammen zum Opfer. Erst nach Verlauf von 12 Stunden konnte das Feuer zum Stillstand gebracht werden. Die Feuerwehren aller umliegenden Städte und 3000 Mann Militär waren an der Brandstelle tätig. 500 Häuser wurden eingeeäschert, darunter mehrere Fabriken und eine Dampfmühle. 2000 Menschen haben all ihr Hab und Gut verloren und sind obdachlos.

Mit über 120 000 Mark ausgerüstet ist ein Bezirksobersekretär in Bad Nibling (Badern). Er hat den Betrag der Bezirkskasse entnommen und ist dann mit seiner Frau geflohen. Vor einigen Tagen war eine Kontrolle der Bücher und eine Kassenrevision angeordnet worden. Als er hiervon Kenntnis erhielt, meldete er sich krank. Seitdem ist er nicht wieder zum Dienst erschienen.

Stadt. Kreis. Provinz.

Sitzung der Stadtverordneten

am Mittwoch, den 19. Mai.

Die gestrige öffentliche Stadtverordneten-Sitzung hatte sich mit einer größeren Anzahl von Vorlagen zu beschäftigen, die indes fast durchweg glatt und reibungslos erledigt wurden. Nur bei einem Punkte schien ein leichtes Gewittergrollen auf der linken heraufzuziehen zu wollen, doch es blieb bei dem Grollen; zu einer Entladung kam es nicht. Im einzelnen ist u. a. über die Sitzung zu berichten: Entlastet wurden pflichtgemäß: Das Konto Baustoffbeschaffung, das in der Inflationszeit angelegt und einen Ueberschuß von 16 149 Mark aufwies, der an die Bauverwaltung abgeführt wurde; die Jahresrechnung der Gartenbauverwaltung für 1924, die einen Kammereinzufuß von 14 919 Mark erforderte; die Jahresrechnung der gewerblichen Berufsschulverwaltung (mit 48 231,09 Mark Einnahmen und 48 728 Mark Ausgaben und einen Zufluß von 19 000 Mark).

— Der Vergebung von zwei Siedlungsparzellen in Erbbaurecht in Rathsdamm wurde unter den üblichen Bedingungen zugestimmt. Eine längere Aussprache zeitigte die Vorlage über die Marktgebührenordnung. Die Marktgebührenordnung hat die Stadtverordneten bereits beschäftigt, doch lehnten sie die damalige Vorlage ab. Nachdem nunmehr der Verein Stolper Kolonialwarenhandler und die Handelskammer eine alsbaldige Wenderung der jetzigen Gebühren dringend in Vorschlag gebracht hatten, hat sich der Magistrat erneut mit den Marktgebühren beschäftigt und da er deren Wenderung ebenfalls für dringend notwendig hielt, diese in einer Vorlage festgelegt. Es sollen danach erhoben werden von Verkäufern, die eigene Erzeugnisse auf dem Markte

Wie die Hausfrauen über Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ urteilen:

„Hebe Ihr Rezept in der Zeitung über die Zubereitung von Windbeuteln gelesen und dasseibe so gleich ausprobiert. Die Windbeutel sind großartig geworden. Da ich nun sehr viel Kuchen backe und zwar ausschließlich nur mit Oetker's Backpulver, so bitte ich Sie, mir Ihre vollständigen Rezeptbücher gratis und franko zu senden.“
Frau H. O., Berlin N. 65.

„... Sie dürfen von meinem Urteil — Ihre Rezepte und Waren sind erstklassig — mir Namen Gebrauch machen.“
Frau Generaloberst Horstwitz, Berg a. S. (Sternbergersee).

„Ich darf meinem Mann, der für „leine Kuchen“ sozusagen sein Leben gibt, nur Oetker-Kuchen auf den Tisch bringen, die in der Tat wirklich vorzüglich sind und was die Hauptsache in der jetzigen Zeit ist, daß sie für wenig Geld herzustellen sind, so daß eine Beamtenfamilie auch zum allermindesten 1 bis 2 mal wöchentlich — Fleisch kostet auch Geld — Kuchen essen kann.“
Frau Cl. H., Mannheim.

„... Ich freue mich, Ihnen die Mitteilung ableiten zu können, daß Ihre sämtlichen Produkte überaus lieblich und aromatisch sind, — Ihre Fabrikate benutze — zum ersten Male Backen übergegangen — zum eigentlichen „enjoy“ und keine Arbeit ist mir Ihrer Ware.“
Fr. R. C., Hamburg.

„In der Zeitung las ich Ihr Rezept zur Bereitung einer Mokka-Schokoladen-Cremetorte und ließ es in meinem Haushalte sofort zubereiten. Zur fruchtigsten Überraschung aller fiel das Backwerk unübertrefflich aus, daß wir uns den Genuß solcher Bereitungen gern öfter verschaffen möchten.“
Dr. med. G. Arz. Deutsch-Rosenthal O. S.

„Durch Ihre Rezeptangaben in der Zeitung verleiht gibt es jetzt bei uns jeden Sonntag Leckereien, die wirklich billig, dabei hervorragend nahrhaft und gutschmeckend sind. — Und von ihrem Angebot Gebrauch machend, möchte ich höflich um Zusendung eines Rezeptbuchs bitten.“
Frau E. M., Berlin C. 2.

„Ich habe jetzt für jeden Sonntag einen Kuchen nach Ihren Rezepten, die Sie in der Zeitung veröffentlicht haben, gebacken. Sie sind alle vorzüglich geraten und von köstlichem Wohlgeschmack.“
Frau W. K., Elberfeld.

Solche lobenden Anerkennungen sind mir zu Tausenden zugegangen!

Schon die wenigen Zeilen dieser unverlangten Zuschriften drücken eine Fülle von Zufriedenheit und Freude aus. Wirklich praktische Hausfrauen werden daher beim Backen stets „Backin“ verwenden und sich ihrer Erfolge freuen dürfen. — Besondere Vorteile beim Backen bietet ein neuer Backapparat mit dem Namen **Kuchenwunder** — in meinem Rezeptbuch abgebildet — der es gestattet, auf kleiner Gaskocherflamme bei sparsamem Verbrauch viele Kuchen backen zu können. Er ist da am besten geeignet, wo ein Backofen nicht zur Verfügung steht oder wenn auf größte Sparsamkeit Wert gelegt wird. Dieser Apparat ist in meiner Versuchsküche ausprobiert und für gut befunden. Er ist in allen besseren Haushaltungsgeschäften zu haben, wenn nicht, werde man sich an die **Delvag-Handelsgesellschaft, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 21.**

Verlangen Sie die beliebten Oetker-Rezeptbücher in **Dr. A. Oetker, Bielefeld** allen einschlägigen Geschäften, wenn vergriffen, portofrei von **Dr. A. Oetker, Bielefeld**

feilhalten, 10 Pfg. für den Quadratmeter, von Händlern mit Waren und ausländischen Erzeugnissen je 50 Pfg. für den Quadratmeter Standfläche. Im Falle unbilliger Härten können diese Sätze auf 20 Pfg. für den Quadratmeter herabgesetzt werden. Gegen diese Regelung wandten sich die Redner der Linken, die hauptsächlich betonten, daß auf dem Markt sämtlich arme Leute ausstünden, die mit ihrem Handel knapp ihr Leben fristen könnten. Die Stadtverordneten auf Seite der bürgerlichen Parteien traten sämtlich für die Vorlage ein. Stadtv. Tramborg wünschte sogar, daß auch die Fleischer 50 Pfg. Standgeld für den Quadratmeter zahlen sollten, ebenso Eier- und Butterhändler, soweit sie nicht eigene Erzeugnisse verkaufen. Letzteren Passus zog er aber im Verlaufe der Aussprache zurück. Oberbürgermeister Hasenjaeger betonte, daß für den Magistrat die Tatsache maßgebend gewesen wäre, daß auf dem Markt sich die ganze Woche hindurch ein Handel entwickelt hätte, der schon lange über das Maß des üblichen Markthandels hinausgewachsen sei. Man wolle das auch nicht verhindern, aber doch einen gerechten Ausgleich für den sehr lebhaften Handel schaffen, zumal die Verkaufsmöglichkeiten für die Händler auf dem Markt ungemein günstig seien. Wegen der Fleischer gab er zur Erwägung, daß die Frage, ob diese Händler oder Selbstzeuger seien, eine juristische wäre, die noch nicht geklärt sei. Dazu komme, daß die Fleischer nur an den Markttagen ausstünden, nicht aber an den übrigen. Wenn letzteres der Fall wäre, würde er den Antrag Tramborg für richtig halten, so aber wäre er seiner Ansicht nach nicht angebracht. Nach weiterer Aussprache wurde der Antrag Tramborg abgelehnt, der des Magistrats und des Hauptauschusses angenommen. — Zugestimmt wurde einer Anzahl von Bewilligungen und zwar von 4182 Mark für die Armenverwaltung, von 1942,74 Mark für die Grundstücksverwaltung, von 1395,53 Mk. für die gleiche Verwaltung und von 5400 Mark für die Gartenverwaltung. Weiter gab man die Zustimmung dazu, daß bei verschiedenen Verwaltungen nicht verausgabte Beträge des letzten Rechnungsjahres auf neue Rechnung übernommen werden. — In letzter Sitzung wurde die Wahl für den Steuerzuschuß vollzogen. Vom Finanzamt ist nun die Liste wieder zurückgekommen, und dabei dem Wünsche Ausdruck gegeben worden, möglichst die alten Mitglieder des Steuerzuschusses zu wählen, auch vermisse das Finanzamt eine Vertretung der Kolonialwarenhandlung und der Konfektionsbranche. Es wurde von der Versammlung anstelle des Stadtv. Vollmann Kaufmann und Stadtrat Saß gewählt. Für den vom 10. bis 12. Juni in Bütow abzuhaltenden Pommerischen Städtetag wurden als Vertreter der Stadtverwaltung neun Stadtverordnete, die von den Fraktionen in Vorschlag gebracht waren, gewählt. — Als stellvertretender Schiedsmann für den 4. Schiedsamtsbezirk wurde Photograph Paul Fink wieder gewählt. — Uebernommen wurde die Pürgschaft für das von der Bodenverbesserungsgenossenschaft „Schwarzer See“ für die Entwässerung des Schwarzen Sees bei Stolpmünde aufzunehmende Darlehen in Höhe von 20 000 Mark. — Zu einer lebhaften Aussprache, an der sich namentlich die Linke beteiligte, kam es über den Punkt

Ausbesserung der Schmiedebrücke.
Es wurde die Nachbewilligung der Reparaturkosten der Brücke in Höhe von 12 000 Mark angefordert. Da die Brücke auf das höchste gefährdet erschien, mußte die Reparatur sofort vorgenommen werden, nachdem die Arbeit ausgeführt war. Die Kosten werden wahrscheinlich nur 9 000 Mark betragen. Stadtv. Jeschkeit bemängelte es, daß die Arbeiten ausgeführt wurden, ohne den betr. Unternehmern Zeit zu lassen, das benötigte Material herbeizuschaffen. Er macht dem Bauamt den Vorwurf, fahrlässig gehandelt zu haben. Man hätte die Arbeiten um 1200 Mark billiger haben können. Vertreter des Bauamts und Oberbürgermeister Hasenjaeger weisen den Vorwurf der Fahrlässigkeit entschieden zurück. Die Arbeiten wären ausgeführt, und die betr. Unternehmer hätten Gelegenheit gehabt, sich das Holz vorher zu beschaffen. Der jetzige Unternehmer hätte eine Garantie für die Brücke auf 3 Jahre übernommen. In der Sachverständigen-Kommission habe der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion sich dafür ausgesprochen, daß der die Brücke reparierende Unternehmer den Zuschlag erhalte. Er müsse seiner Verantwortung darüber Ausdruck geben, daß Stadtv. Jeschkeit, trotzdem seine Vorwürfe bereits in der Baukommission widerlegt seien, sie hier erneut vorbringe und die Interessen einer einzigen Firma, die der Bauhütte, hier vertritt. Stadtv. Brabant unterstrich die Ausführungen des Oberbürgermeisters. Ein Vertreter des Bauamts hob hervor, daß von allen Firmen, die sich um die Arbeit beworben hätten, keine einzige das benötigte Holz gehabt hätte; auch die jetzt die Arbeit ausführende Firma hätte sich das Holz erst beschaffen müssen. Der Vorsteher hebt ebenfalls hervor, daß die hier erhobenen Vorwürfe bereits in der Baukommission widerlegt seien. Stadtv. Schmalfeld erklärte, daß die Vorwürfe Jeschkeits sich nur gegen die Kürze der Zeit bei der Ausschreibung gerichtet hätten. Er legte entschieden Verantwortung dagegen ein, daß dem Fraktionsvorsitzenden vom Stadtoberhaupt der Vorwurf gemacht worden sei, die Interessen einer Firma hier zu vertreten. Er bat um eine kurze Unterbrechung der Sitzung nach Erledigung der Vorlage, damit seine Fraktion Beschluß darüber fassen könne, was sie diesem Vorwurf gegenüber zu tun habe. Nach Annahme der Vorlage wurde eine Pause eingelegt. Inzwischen war Oberbürgermeister Hasenjaeger dringend abgerufen worden, was der Vorsteher nach Wiedereröffnung der Sitzung bekannt gab, sodaß Stadtv. Schmalfeld den Vortrag des Beschlusses seiner Fraktion bis zur nächsten Sitzung zurückstellen mußte. — Ein weiterer wichtiger Punkt betraf den

Bau einer Flughalle.
auf dem städtischen Flugplatz. Vom Reiche sind der Stadt für diesen Zweck 25 000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Es ist geplant, die Flughalle aus Holz in den Größenverhältnissen von 48 Meter Länge, 21 Meter Breite und 6 Meter lichte Höhe zu erbauen. Dazu müßte die Stadt noch 2500 Mark zu den Kosten zuschießen. Dieser Betrag wurde bewilligt, nachdem der Linke auf eine Anfrage noch mitgeteilt worden war, daß die Vorlage keine Einbeziehung eines Siedlungshauses vorsehe. — Bewilligt wurden auch die Mittel für die Eröffnung der Hindenburgkampfbahn am 13. Juni. Wie der Vorsteher mitteilte, sei eine Einladung an Hindenburg ergangen, der Weihe des Sportplatzes beizuwohnen. Diese könne aber aus den schon bekannten Gründen erst im September erfolgen. Die Eröffnung solle in einfacher Form in Gegenwart der städtischen Körperschaften, der Schulkinder und Sportvereine vor sich gehen. — Für das Rechnungsjahr 1925 wurden 15 556,79 Mark nachbewilligt. — Kenntnis genommen wurde von einer Einladung des Marinevereins „Prinz-Admiral“ zu seiner Bootshausfeier und zur Skagerrakschlacht-Gedenkfeier am 30. Mai. — Den Schluß bildeten eine Reihe kleiner Anfragen, hauptsächlich aus den Reihen der Linken, die zum

Teil durch Vertreter des Magistrats beantwortet wurden, zum Teil in nächster Sitzung beantwortet werden sollen. — Schluß der öffentlichen Sitzung. * * *

Ein heftige Schlägerei entspann sich in der letzten Nacht an der Langenstraße und Markt-Ecke zwischen bekannten Nachtschwärmern. Dabei erlitt einer der Beteiligten eine schwere Verletzung am rechten Auge.

Hühnerdiebstahl. In der Nacht vom 18. zum 19. d. Mts. wurden in Kuffow mittels Einbruchs 13 Hühner gestohlen, 9 davon wurden in Stolp beschlagnahmt, wo auch der Dieb ermittelt werden konnte. In der gleichen Nacht ist an anderer Stelle in Kuffow auch ein Fahrrad abhanden gekommen, das in Stolp aufgefunden und im Fundamt abgeliefert wurde. Ob als Dieb die gleiche Person in Frage kommt, steht noch nicht fest. Das Fahrrad wurde südwest des Hauses aufgefunden, in dem der Hühnerdieb wohnt, sodaß er es wahrscheinlich zur Rückfahrt nach Stolp benutzt haben dürfte.

Prämierungen. Auf der Berliner Mastviehausstellung, die in den Tagen vom 11. bis 13. Mai stattfand, erhielten für bis nicht voll 3½ Monate alte Kälber folgende Viehhändler und Fleischermeister erste Preise: Walter Pacte, Viehhändler in Stolp, Wilhelm Schneider, Viehhändler in Slowitz, Carl Schneider, Viehhändler in Slowitz, Franz Noffke, Viehhändler in Schmolzin; zweite Preise in derselben Abteilung: Franz Kroll, Fleischermeister in Kgl. Kubitz, Franz Noffke, Viehhändler in Schmolzin, Aug. Siebe, Viehhändler in Bechlin bei Pottsgow, Fritz Meyer, Fleischermeister in Schmolzin, Wilhelm Felauer, Fleischermeister in Schmolzin.

Tagung der Gas- und Wasserwerke. Unter Vorsitz des Direktors Handke aus Stolp tagte in Kolberg die Berufsvereinschaft der Gas- und Wasserwerke Sektion 2, zu welcher Vertreter aus Stettin, Stolp, Köslin, Greifenberg, Regenwalde, Allenstein, Insterburg und Königsberg i. Pr. anwesend waren. Es kamen Unfälle in den Gas- und Wasserwerken aus dem Vorjahre zur Besprechung, unter denen der Kösliner Betriebsunfall leider mehrere Opfer forderte. Der Direktor des Kolberger Gas- und Wasserwerks, Dipl.-Ingenieur Behr, wurde beauftragt, die Werke der Umgegend auf ihre Betriebssicherheit hin zu prüfen.

Ferienkinder! Wie uns das Kreiswohlfahrtsamt mitteilt, werden von der Stadt Düsseldorf zulünftig keine erholungsbedürftigen sogenannten „Ferienkinder“ mehr in Landpflegestellen entsandt. Auch des evangelische Jugendamt in Duisburg und das Wohlfahrtsamt in Dresden entsenden nur noch solche Kinder, die von ihren früheren Pflegestellen wieder eingeladen werden. Anträge auf Aufnahme eines Ferienkindes können mit Rücksicht hierauf nunmehr nicht berücksichtigt werden und sind daher zwecklos. Die Stadt Düsseldorf übernimmt gleichzeitig allen denjenigen Familien ihren wärmsten Dank, die sich um das große Werk der Kinderunterbringung bemüht und den Kindern die Segnungen des Landaufenthalts haben zuteil werden lassen. Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß das hiesige Kreiswohlfahrtsamt bereit und in der Lage ist, Kinder aus dem Landkreis Stolp, die in schlechten häuslichen Verhältnissen leben, sowie Voll- und Halbwaisen, im Alter bis zu 14 Jahren, in gute Pflegestellen zu vergeben, gegebenenfalls auch gegen ein mäßiges Pflegegeld. Entsprechende Anträge können jederzeit beim Kreisamt (Kreiswohlfahrtsamt) eingereicht werden. Vor der Ueberweisung derartiger Kinder in die Pflegestellen würde alsdann mit den aufnahmebereiten Familien in Verbindung getreten werden.

Stolpmünde. Des Kindes Engel. — Dienstag abend sprang das fünfjährige Töchterchen des hiesigen Postchaffners K. in Abwesenheit der Eltern aus einem im zweiten Stock gelegenen Zimmer auf die Straße. Wie durch ein Wunder blieb das Kind unverfehrt. Als die Eltern nach Hause kamen, fanden sie zu ihrem Schrecken die Kleine, die sie zu Bett gebracht und eingeschlossen hatten, auf der Treppe zur Wohnung weinend vor. Vor kurzer Zeit war das Kind schon einmal aus dem ersten Stockwerk deselben Hauses gesprungen, ebenfalls ohne verletzt zu werden.

Bütow. Großes Schadenfeuer im Kreise. — Der Kreis Bütow ist wieder einmal von einer großen Brandkatastrophe heimgesucht worden. Montag in den späteren Nachmittagsstunden wurde die vom Kreise neu beschaffte Motorspritze nach dem Dorfe Pölschen gerufen, wo auf dem Grundstücke des Eigentümers Skibbe ein Feuer ausgebrochen war, welches in kurzer Zeit das Stallgebäude und die vor zwei Jahren neu erbaute Scheune mit allem Inventar und Futtermitteln in Asche legte. Von dem Skibbeschen Gehöft sprang das Feuer auf das Grundstück des Besitzers Plath über, wo ein Schuppen und ebenfalls eine Scheune ein Raub der Flammen wurden. Trotzdem sofort die Spritze aus Jellitsch zur Stelle war, griff das Feuer immer weiter um sich und setzte die große Scheune des Pölschener Gutes sowie das Stallgebäude auf dem Besitz der Schiebedschen Grundstück in Brand. Dank der angestrengten Tätigkeit der Jellitscher und der Petersdorfer Feuerwehr, vor allem aber des Brand gelösch werden, bevor die beiden zuletzt genannten Gebäude ein Raub der Flammen wurden. — Ein zweites Großfeuer entstand Dienstag während der Vormittagsstunden im Dorfe Kleintuchen, und zwar auf dem Gehöft des Besitzers Polzin, wo die Flammen das Wohnhaus, Stallgebäude und Scheune einscherten. Von dem Polzinschen Gehöft griff der Brand auf das Schulgehöft über, wo die Scheune und das Stallgebäude völlig niederbrannten. Das Feuer breitete sich nun mit rasender Geschwindigkeit aus und obwohl fast alle Feuerwehren der Umgegend zur Stelle waren, wurde auf dem Gehöft des Besitzers Radde Stall und Scheune, auf dem Gehöft des Besitzers Kramp 1 Stall und Scheune, auf dem Gehöft des Besitzers Episcop 2 Stall und Scheune, auf dem Gehöft des Besitzers Rauh ebenfalls Stall und Scheune ein Raub der Flammen. Wie in Pölschen so konnte auch hier in Kleintuchen sämtliches Vieh gerettet werden, jedoch sind die Futtermittel und das Inventar zum größten Teil durch Feuer zerstört worden.

Wilhelmshof, Kr. Köslin. Selbstmord eines Greises. — Sonntag nacht wurde der 78jährige Eigentümer Wilhelm Runge in seinem Schlafzimmer erhängt aufgefunden.

Ruhnow, Kr. Regenwalde. Verbrüht. — Der 1½ Jahr alte Sohn des Arbeiters Streich fiel in eine Wanne mit heißem Wasser. Er wurde tödlich verbrüht und starb bald darauf.

Letzte Meldungen.

Die eindlichen roten Brüder.
Berlin, 19. Mai. In Kreisen der kommunistischen Fraktion herrschte heute früh große Aufregung. Die Sozial-

demokraten haben die Aufforderung der Kommunisten, mit ihnen gegen das kapitalistische Kabinett Marx zu stimmen, gänzlich unbeantwortet gelassen. Die „rote Fahne“ schreibt: „Die kommunistische Arbeiterklasse wäre nunmehr gezwungen, jede Verbindung mit der Sozialdemokratie, die längst aufgehört habe, Vertreterin des Proletariats zu sein, abzubrechen.“

Fememordschwindel: Die Toten leben!
Berlin, 19. Mai. 18 Fememorduntersuchungen schweben noch bei den Berliner Gerichten. Der gestrige Tag hat wieder die Einstellung von drei Fememorduntersuchungen gebracht, nachdem die angeblich Ermordeten inzwischen als noch am Leben befindlich ermittelt worden sind.

Die Gegenregierung in Posen.
Danzig, 19. Mai. Nach Meldungen von der polnischen Grenze war bis heute früh weder in Posen, Bromberg noch Gnesen eine Entlassung der einberufenen Truppen erfolgt. Die Posener Regierung amtiert heute früh noch weiter. Der unterbrochene Telegramm- und Telefonverkehr ist wieder aufgenommen worden. Berichte über den Stand der Lage werden scheinbar von der Zensur zurückgehalten.

Handelsnachrichten.

Warenmarkt.
Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsoorten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. — (am 18. 5. —). Roggen Märk. 175—180 (175—180). Sommergerste 187—200 (189—202). Inländische Futtergerste 169—182 (171—184). Hafer Märk. 197—208 (197 bis 208). Mais loho Berlin — (—). Weizenmehl 36,50 bis 39,25 (36,50—39,25). Roggenmehl 24,75—26,25 (24,75—26,25). Weizenkleie 10,60—10,75 (10,60—10,75). Roggenkleie 11,50—11,80 (11,50—11,80). Raps — (—). Leinfaat — (—). Distoriaerbsen 32—40 (31—39). Kleine Speiserbsen 25,00—26,00 (25,00—26,00). Futtererbsen 20—25 (20—25). Pelusiden 20—23 (20,00—23). Ackerbohnen 22,00—24,00 (22,00—24,00). Wicken 28—30 (28,00—30,00). Lupinen blaue 12,00—12,75 (12,00—12,75). gelbe 14,75—15,75 (14,75—15,75). Seradella 37—40 (34—38). neue — (—). Rapskuchen 13,90—14,00 (13,75—14,00). Leinkuchen 18,00—18,20 (18,00—18,20). Trockenschneizel 9,80—10,20 (9,80—10,10). Sojafschrot 19,40—19,50 (19,20—19,50). Torfmelasse 30—70 — (—). Kartoffelflocken 16,00—16,30 (16,00 bis 16,30).

Berliner Frühmarktnotierungen vom 19. Mai: Weizen Mai 305, Juli 292, Sept. 264, Roggen Mai 193, Juli 199, September 203,50.

Berliner Butternotierung.
Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin S. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 18. Mai. 1. Qualität 1,63, 2. Qualität 1,45, 3. Qualität 1,25 Reichsmark. Tendenz lebhafter.

Stettiner Getreidebörse vom 19. Mai. Roggen, incl. 182 bis 184, Weizen, incl. 300—304, Hafer 195—201, Sommergerste 186—202, feine über Notiz, Futtergerste 173—185. Tendenz fest.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Amtlicher Bericht vom 19. Mai 1926.
Auftrieb: Rinder 2741 Stück; darunter 685 Bullen, 594 Ochsen, 1462 Kühe und Färsen; Rälber 2678 Stück; Schafe 5230 Stück; Schweine 13421 Stück; Ziegen 25 Stück; — Ferkel; 701 Auslandschweine.

I. Rinder:	
A. Ochsen:	
a) vollfleischig, ausgew., höchst. Schlachtw. ungef. das Kind unverfehrt.	55—58
b) dto. im Alter von 4—7 Jahren	50—53
c) junge, fleischig nicht ausgew. und ältere ausgew. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	46—48 42—45
B. Bullen	
a) vollfleischig, ausgew., höchsten Schlachtwerts	51—54
b) vollfleischig, jüngere	48—50
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	43—47
C. Färsen und Rälber	
a) vollfleischig, ausgew., höchsten Schlachtwerts	52—55
b) vollfleischig, ausgew. Rälber höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	42—47
c) ältere ausgew. Rälber und wenig gut entwickelte jüngere Rälber und Färsen	33—40
d) mäßig genährte Rälber u. Färsen	27—30
e) gering genährte Rälber u. Färsen	22—24
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser II. Rälber)	38—45
a) Doppellender feinsten Mast	—
b) feinsten Mast	72—80
c) mittlere Mast u. beste Saugläkber	63—70
d) geringe Mast u. gute Saugläkber	53—60
e) geringe Saugläkber	48—50
III. Schafe.	
A. Stallmastschafe:	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	57—61
b) ältere Mastlämmer, geringere Mastlämmer und gut genährt junge Schafe	42—50
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	28—38
B. Weidenmastschafe:	
a) Mastlämmer	—
b) geringere Lämmer und Schafe	—
IV. Schweine.	
a) Fettschweine über 3 Zentner Lebendgewicht	—
b) vollfleischig Schweine 240—300 Pfd. Lebendgewicht	—74
c) vollfleischig Schweine 200—240 Pfd. Lebendgewicht	73—75
d) vollfleischig Schweine 160—200 Pfd. Lebendgewicht	71—73
e) vollfleischig Schweine 120—160 Pfd. Lebendgewicht	68—70
f) fleischig Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	—
g) Säugen	65—68
h) Ziegen	20—25

Marktverlauf: Bei Rindern, Rälbern, Schafen und Schweinen ruhig.

Die Söhne von Rotensfelde.

Roman von A. L. Lindner.

(Schluß.)

(Nachdruck verboten.)

15. Kapitel.

Im Sarg brachten sie ihn in die Heimat und legten ihn zur Ruhe in dem kleinen Erbbegräbnis am Westgiebel der Kirche.

Mutter Wahrenstedt weinte fassungslos um ihren Liebling, denn das war er ihr geblieben trotz allem. Das schönste und begabteste ihrer Kinder hatte eben nur Unglück gehabt im Leben; nichts als das. Wie zärtlich und gemütvoll, wie zünftig war er allezeit gewesen. Ein kleiner, lebenswürdiger Zug seines Wesens nach dem andern tauchte in ihrer Erinnerung auf und verklärte alles, was selbst sie einst nicht hatte aufheben können. Hella war ja lieb und prächtig und Jürgen tüchtig und zuverlässig wie Gold, aber gerade er konnte oft so Starres haben. Für sein Gefühl fehlte seinem Wesen etwas, der leichte Charme, der Arnold die Herzen eroberte.

Vielleicht war sein Junggesellentum daran schuld, aber darüber mit ihm zu rechten, hatte sie längst aufgegeben. Von nun an würden ja auch Arnolds Kinder seinem Leben Inhalt geben. Beinahe neidete sie ihm seine Dankpflichten, hinter denen ihre Großmutterrechte aber jedenfalls nicht zurücktreten sollten.

Im Wohnzimmer, wo die Leiche aufgebahrt worden war, und in dem noch der Geruch der Totenkränze schwebte, hing sie an Annes Hals.

„Du armes Kind, wie wirst du nur das Leben ertragen?“ Der Schwiegerjohn Doktor Lindt hob unmerklich die Brauen. Er war eine nüchterne Natur und dachte, daß ein Todesfall nicht unter allen Umständen eine Erschwerung der Lage bedente. Selbst in der weichen Stimmung dieses Tages vergaß er nicht ganz, daß er Arnold jahrelang gegrollt hatte.

„Wir werden doch Anne nach Kräften zur Seite stehen, liebe Mama“ sagte er. „Wenn sie mir zum Beispiel erlauben will, die Kosten für Gerdas Erziehung —“

Jürgen sah auf. „Berzeih, Otto, aber die Sorge für Arnolds Kinder ist mein Amt,“ sagte er, und der andere der selbst Vater war, widersprach nicht.

Die Mutter nickte ihrem Jüngsten anerkennend zu. „Ich finde das auch ganz natürlich. Hella und Otto haben mit ihren eigenen Kindern zu tun. Du hast für niemand zu sorgen und bist beinahe so gut wie Annes Bruder.“

„Ja,“ sagte Jürgen ganz schlicht und einfach. Zwei Augenpaare begegneten einander mit langem, stillem Blick.

„Du bist vor uns allen bevorzugt gewesen, Jürgen,“ fing die Mutter wieder an. „Sein letztes Wort galt dir. Ach, wenn wir wenigstens wüßten, was der liebe Junge dir noch hat sagen wollen.“

„Er wird sicher gewünscht haben, die Seinen Jürgen noch besonders ans Herz zu legen,“ meinte Doktor Lindt. „Für einen Menschen in seiner Lage scheint mir das am natürlichsten.“

Jürgen stand auf und trat ans Fenster; als er sich wieder umwandte, schien sein Gesicht noch ernster geworden.

„Ich möchte dir einen Vorschlag machen, Mutter. Nimm Anne für eine Weile mit nach Schwarzenstein. Sie hat eine schwere Zeit hinter sich, von der sie sich in völliger Ruhe erholen muß, und für dich werden die Kinder eine Zerstreuung und Aufheiterung sein,“ sagte er so ruhig, als sei es das Aller selbstverständlichste. Die Mutter sah zusehend zu Anne hin.

„Mir wärs recht, Kind! Ich sähe deine Kleinen gern um mich, und lange in Rotensfelde zu bleiben, würde mir noch zu schwer. Aber wirst du das mögen? Und geht es denn überhaupt mit der Wirtschaft?“

„Dafür wird gesorgt,“ versetzte Jürgen schnell und bestimmt. Fürs erste muß ich ja noch auf kurze Zeit nach Ostpreußen zu-

rück, und bin ich wieder hier, so kann die Witwe vom Büdner Schulz in der Küche helfen. Im Winter ist ohnedies wenig zu tun. Das ist also alles ganz einfach. Es kommt nur auf Anne an.“

Selbst, wie alles sich fügte und schickte, was er in die Hand nahm. Auch jetzt räumte er ohne weiteres einen ganzen Ball von Schwierigkeiten weg, die bisher noch niemand als solche erkannt hatte.

„Ja, Jürgen, ich gehe.“ Sie verstand ihn. Auch hier seine Fürsorge. Sie hatte plötzlich ein so köstliches Gefühl an Geborgenheit, als sei alle Sorge für sie und ihre Kinder ein leerer Schall geworden. Ein gütiges Herz würde immer das Rechte erkennen, eine starke Hand es auszuführen wissen.

Als sie ihm bewegt die Hand reichte, umschloß er sie mit festem Druck. Es war wie eine heilige Zusicherung alles Besessenen, was sie in Dank und Vertrauen von ihm erwartete.

Ihm schiens wie ein Süßholz, daß sie sich trennen sollten; sie dort in der fremden Stadt, er hier allein mit seiner Arbeit in dem öden Hause. Heimlich fühlte er sich noch immer in der Schuld dessen, den sie heute zur ewigen Ruhe gebettet hatten. Was immer die Zukunft ihm bringen würde, er wollte und durfte ihr nicht entgegenstehen.

Grauer Winterhimmel lag über dem nebelbeugten Land, selbst im Westen war alles stumpf und farblos. Kein einziges feuerfarbenes oder rosiges Streifen verriet die Sonne. Und dennoch war sie da und würde schon die Welt mit Licht und Freude erfüllen, wenn ihre Zeit gekommen war. Man mußte es nur erwarten können.

Auch für den einsamen Mann im Rotensfelder Herrenhause würde einmal das Glück kommen, und dann würde er es empfangen und halten mit reinem Herzen und starken, treuen Händen.

— Ende. —

Großer Sieg auf Diamant-Rad



Bei der 6 Stunden-Kontrollfahrt des D. R. V. Gau 14 am 16. 5. 26 über 125 km

Stolp—Schlawe—Pollnow—Kummelsburg—Quatenburg gingen als erster und zweiter Diamantfahrer mit großem Vorsprung durchs Ziel.

Dieses ist wieder ein Beweis von der Zuverlässigkeit und des leichtesten Laufes der Diamant-Räder.

Alleinvertreter:

Paul Lange,
Stolp

Mittelstraße 46.

Mr. 101 und 110

unserer Zeitung taufen wir zurück.

Berlag der Zeitung „Stolper Post.“

Stempel-Fabrik
Gravier-Anstalt
Vereinsabzeichen
Sportfiguren

Louis Kase,
Stettin
Schulzenstrasse 10.

S. W. Feiges
Buchdruckerei
Stolp i. Pom.

Fernruf 18 Präsidentenstr. 45

Anfertigung von
Drucksachen
aller Art
in schwarz und farbig.

Kirchliche Anzeige.
Ev. kirchl. Blautreuz-Verein.
Donnerstag, den 20. Mai
abends 8 Uhr: Versammlung
im Saal der Schloßkirche.

Jedem Corset nach Maß
vielfach überlegen



ist das von Meisterhand entworfene

S. L.
Prima Donna
Corset

Neueste Modelle
für jede Figur
stets vorrätig!

Korsetthaus
J. Penner

— Stolp —

Paradiesstrasse 4.

Fernruf 527.

Krieger-Verein 1876 Stolp.

Leichenparade

für den verstorbenen Kameraden Wilhelm Siwert I

Freitag, den 21. Mai.

Abmarsch 5 Uhr nachm. Schweißergarten.

Der Vorstand II.

Zum Pfingstfest:

Großer Sonderverkauf

von elektr. Kronen, Zuglampen, Ampeln

20% Rabatt

Elektrohaus H. Ziegler

Ringstraße 4

Telephon 714.

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder.

Maschinen-
Wagen-
Leder-
Huf.

1a. Treibriemen

2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.

Fernspr. 892.

Gegr. 1862.

Oele
Fette

Prima
Oberschl. Steinkohlen
Niederl. Britetts
Oberschl. Hüttenkoks

ab Lager und frei Haus in jeder gewünschten Menge sofort lieferbar.

Wilhelm Moldenhauer

Höfentorstr. 23 und Triftstr. 41. Fernruf 153.

Kaffee-Kenner
kaufen

Zörner-Kaffee

stets frisch vom Röster,
streng naturelle Röstung;
daher Reinheit des Geschmacks
feinstes Aroma.

Betreter:

Paul Saß, Stolp i. Pom.

Wollweberstr. 3.